

14. Beiblatt Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz. 16. Dezember 1949.

47/J

Anfrage

der Abg. Ludwig, Dr. Bock, Dr. Scheff und Genossen  
an den Bundesminister für soziale Verwaltung,  
betreffend die Lage der Jungärzte und der Medizinstudenten,  
die in Bälde ihr Studium vollenden.

Die Jungärzte und Medizinstudenten der höheren Semester haben  
gestern eine Versammlung abgehalten; sie sprachen auch in der Ärztekammer  
vor, um dort eine Resolution zu unterbreiten, die folgenden Wortlaut hat:

Die Medizinstudenten aller Semester sind der Ansicht, dass die  
Ärztekammer als gesetzliche Vertreterin aller Ärzte nicht nur die Inter-  
essen der schon materiell gesicherten Ärzte wahrzunehmen, sondern vor allem  
ihr besonderes Augenmerk auf die wirtschaftlich Schwächsten ihres Standes  
- also auf die in Ausbildung begriffenen - zu richten hat.

Sie fordern daher die Ärztekammer auf:

1.) die Interessenvertretung der nach dem 1.V.1949 promovierten  
Mediziner mit allem Nachdruck zu übernehmen und zusammen mit der Hoch-  
schülerschaft eine Kommission, die alle Fragen des Nachwuchses zu regeln  
hat, zu bilden;

2.) sicherzustellen, dass alle unter dem § 2 (3) fallenden Medi-  
ziner ihre gesetzlich vorgeschriebene Ausbildung raschest vollenden können;  
dazu sind alle Massnahmen zu ergreifen, den Bettenschlüssel auf das jeweils  
notwendige Mass herabzusetzen:

a) es ist eine zentrale Stelle im Ministerium für soziale  
Verwaltung zu beantragen, die eine Verteilung der Neupromovierten auf  
das ganze Bundesgebiet garantiert;

b) dabei sind jene Ärzte, die zur optimalen Betriebsführung  
eines Spitäles benötigt werden, von der das Spital erhaltenden Institution,  
die darüber hinaus nach dem Gesetz auszubildenden vom Bund zu besolden;  
es muss Sorge getragen werden, dass die Frist zwischen Promotion und Aus-  
bildungsbeginn 4 Wochen nicht überschreitet;

c) Assistenten, Dauersecundarii und an nicht bettenführenden  
Stationen beschäftigte Ärzte sollen nicht in den Bettenschlüssel  
eingerechnet werden;

3.) alle bereits von der Ärztekammer aus unbegründeter "Konkur-  
renzangst" unternommene Schritte, die zu einer Benachteiligung des Nach-  
wuchses führen können, zurückzunehmen; da sie den Medizinstudenten und  
jungen Ärzten gegenüber eine unverantwortliche soziale Schädigung  
darstellen.

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher an den Herrn Bundes-  
minister für soziale Verwaltung die

Anfrage:

Ist der Herr Bundesminister für soziale Verwaltung bereit, Vor-  
sorge zu treffen, dass auf diesem Gebiete ehebaldigst die nötigen Reformen  
eingeleitet werden, um diesen unhaltbaren Zuständen auf diesem Gebiete ein  
Ende zu bereiten?